

Sachsen-Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen

Jahrgang 224

Nr. 293 a

Halle - Saale
Mittwoch, 14. Dez. 1927
Verlagspreis: 10 Pfennig
Verleger: Carl Schenck

Schluszkampf um die Besoldung

Was lange währt, wird endlich gut

Plenarverhandlungen im Reichstag und preussischen Landtag - Ausgaben für die Beamtenschaft in keinerlei Verhältnis zu den Gesamtbudgets

Berlin, 14. Dezember. Nach vielen Wochen ernstlicher, oft kritischer Verhandlungen, ist nun endlich die Besoldungsfrage der Reichsregierung im Sinn des Reichstages angedenkt. Der Eintritt in die Beratungen, erklärte der Reichspräsident, doch der Reichsfinanzminister die Auszahlung der neuen Bezüge an die Beamten nur dann genehmigen könne, wenn die Besoldung des Beamtenstandes nicht heute abends vorliegen. Das heißt also, der Reichstag hat beschleunigte Arbeit zu leisten, wenn die Besoldung noch rechtzeitig fertig werden soll. Günstig sind hierfür die Voraussetzungen durchaus gegeben. Natürlich werden alle Parteien auch während der Plenarverhandlungen noch das Bestreben haben, sich ausgiebig zu äußern, und den Wählern des Landes zu zeigen, wie sie zu dem Besoldungsstand stehen. Aber mehr oder weniger dürfte dies nur mehr propagandistische Weitz haben, da man längst weiß, daß die Besoldungsfrage der Sache nach bereits abgeschlossen ist und ohne wesentliche Veränderungen in der Besoldung des Staatsbediensteten über die Reichstagsperiode gehen wird. Die vorgeschrittenen Besoldungen innerhalb des Ausmaßes, zu nach vielen Schwierigkeiten zustande gekommen, die nicht zuletzt darin bestanden, daß das Zentrum in seinen eigenen Reihen eine starke Opposition zu überwinden hatte. Die Aktion des christlichen Gewerkschaftsführers Siegelwald ist noch in Erinnerung. Im Zentrum, die dahingegen, daß die Ausgaben des Reiches und der Länder für die Beamtenschaft als solche in keinerlei Verhältnis ständen zu den Gesamtbudgets, mußte das Zentrum Bedenken tragen und zwar oft genug gegen den eigenen Reichsfinanzminister. Auch die Frage der Verwaltungsreform ist allgegenwärtig durch die Beamtensalariatsfrage ins Rollen gekommen und von hier aus ergeben sich wiederum politische Schwierigkeiten, die sich um die Schömannsche „Einheitsliste“ und föderalistischer „Gegensatz“ die Besoldungsfrage selbst aber scheint nunmehr im wesentlichen zur Ruhe gekommen zu sein. Die Regierungsparteien haben sich gestern auf Grund der Initiative des Zentrums darauf geeinigt, daß nach Durchführung der Verwaltungsreform ein Beamtensalariats in Anbetracht sein soll und zwar in der Form, daß jeder dritte freierbediente Beamte nicht mehr oder nur mit Zustimmung des Reichsfinanzministers ersetzt werden darf. Günstlich soll ferner festgestellt werden, daß die Beamtensalariatsfrage auch in den Ländern und Gemeinden im gleichen oder ähnlicher Form vor sich gehen soll. Weiter sollen sich Reich, Länder und Gemeinden verständigen, über die Besoldungsfrage hinaus für Höhererstellungen von Beamten zuzulassen. Obwohl der Reichstag gehalten ist, die Besoldungsfrage in zwei Verhandlungen durchzuführen, um heute abend fertig zu werden, werden nach einigen Anträgen gestellt werden, deren Schicksal noch ungewiss ist. So wird u. a. das Zentrum versuchen, einen Antrag durchzusetzen, durch den das pensionsfähige Dienstalter von 65 und 68 Jahre hinausgehrt wird. Weitere Anträge beziehen sich auf die Minderung der Pension, bei besonders hohem Einkommen sowie auf die Altersgrenze. Der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, der gleich zu Anfang der gestrigen Plenarverhandlungen gestellt wurde, verlangt, daß die Erhöhung der Ministergehälter nicht auch zu einer Erhöhung der Abgeordnetenbezüge führen soll. Wenn nicht machen die Väter der Abgeordneten einen schlichten Vorschlag eines bestimmten Ministergehältes aus. Der Reichstagspräsident erklärte jedoch demgegenüber, alle Fraktionen seien sich darüber einig, daß die Besoldungsfrage automatisch eine Veränderung des Dienstalters zur Folge haben müßte. Zu gleicher Zeit beschloß sich auch das Zentrum des preussischen Landtages mit der Besoldungsfrage. Es ist angenommen, daß auch in Preußen die Verhandlungen nunmehr verhältnismäßig reibungslos vorverlaufen, obwohl die Deduktionsfrage, wie der Finanzminister Dr. Siegelwald ausdrücklich hervorhob, zuerst immer noch unklar ist und nur dadurch gelöst werden kann, daß im Jahre 1928 höhere Steuererhöhungen zusammen mit einer verstärkten Drohung der Ausgaben erfolgen.

Die Besoldungsfrage in dritter Lesung vom preussischen Landtag angenommen

Berlin, 14. Dezember. Der preussische Landtag stimmte gestern abend der Besoldungsfrage in dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten und der Wirtschaftspartei zu.

Um die Senkung der Lohnsteuer

Berlin, 14. Dezember. Am Steuerantrag des Reichstages begann gestern die Debatte der Lohnsteuerreform. Abg. Dr. Cerk (Soz.) betonte, daß die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre eine immer weitere prozentuale steuerliche Belastung der unteren Schichten der Bevölkerung gebracht habe. Die Sozialdemokratie verzichte im Standpunkt, daß zweifelhafte Steuern eine Entlastung durch den Abbau der Höhe und Verbrauchsteuern eintreten müßte, was bei oder durch die Verpflanzung dieser Steuern und der Höhe nicht möglich. Aus diesem Grunde stimmte sie der Senkung der Lohnsteuer zu. Abg. Dr. Vöning (Ztr.) erklärte eine Senkung der Lohnsteuer der Veranlagungsstellen in dem besten Willen, wie sie die Vorlage der Reichsregierung vor ihm, sei nach dem Gesetze durchaus gerechtfertigt. Aber es sei fraglich, ob das Prinzip der Senkung des Prozentsatzes der Steuer dem Sinn des Gesetzes entspreche. Die Schwierigkeiten der Lohnsteuer können daher, daß sie, um einen gerechten Ausgleich zu schaffen, eine außerordentlich komplizierte Steuer geworden sei. Seine Fraktion behalte sich die endgültige Entscheidung vor. Das Argument der Vöning-Organisation, daß durch eine Senkung der Lohnsteuer eine große Anzahl von Lohnsteuerpflichtigen wieder steuerfrei würde, treffe nicht zu. Schärfer empfand wieder dagegen eingeleitet werden, daß ein Teil der Lohnsteuererträge in ihren Beamtensalariatsbesoldungen nach der die Besoldungsfrage hinausgegangen sei und nun ihre Mehrzahl durch Minderungen der Lohnsteuer befallen wollten. Abg. Keinitz (D. V.) äußerte Bedenken gegen die Senkung der Lohnsteuer und kündigte an, daß seine Fraktion auf eine stärkere Reduktion des Einkommensteuertarifs hinarbeiten werde. Heute Weiterberatung.

Wieder Wache unter den Linden?

Berlin, 14. Dezember. Augenblicklich schweben, wie uns von unentgeltlicher Seite berichtet wird, Verhandlungen darüber, um wieder durch die Wache unter den Linden den Weg der Wachtparade zu führen. Günstig soll der Anblick der Wachtparade wiederum einen gewissen Publikum zugänglich gemacht werden. Die Truppe soll einen anderen Weg marschieren und auch durch die Wache der inneren Stadt kommen. Die Wachtparade zur Gedächtnisfeier für die Opfer des Weltkrieges wird am 1. Januar 1928 stattfinden.

Schwere Sprengstoffexplosion in Dorpat

Dorpat, 14. Dezember. In Dorpat explodierte heute letzter Teil einer Sprengstoffabteilung der Chemischen Fabrik Gellow. Das Fabrikgebäude wurde vollständig zerstört. Sieben Arbeiter wurden getötet, noch einer schwer verletzt. Der Schaden ist erheblich.

Arbeitszeit und Löhne

Die optimistische Auffassung, die infolge des Briefes des Reichsarbeitsministers an die Großbetriebsindustriellen überlaubarerweise fast durchweg Platz gegriffen hat, erhöht vorläufig leider noch jeder positiven Grundlage. Die Hoffnungen des Ministers bedeuten für die Arbeitgeber ein Bedauern, daß der ganze Linie, wenn sie wohl auch hoffen dürfen, daß der Begriff „besondere Umstände“, der allein eine Mehrarbeit rechtfertigen soll, nicht allzu engherzig ausgelegt wird. Immerhin sind Hoffnungen von vornherein ausgenommen; für sie tritt also unverzüglich am 1. Januar der schematische Achtstundentag in Kraft und damit tritt für über 50 Prozent der in Frage kommenden Betriebe die Notwendigkeit ein, das Produktionsniveau durchzuführen. Die übrigen werden vorläufig mit zwei Schichten zu je 10 Stunden weiterarbeiten und eben Einrichtungen treffen müssen, daß die Arbeitszeit für jeden Arbeiter doch nur 8 Stunden beträgt. Ausnahmen kann nach Ansicht des Reichsarbeitsministers nur das Gewerbeaufsichtsamt zulassen, und man darf wohl sicher erwarten, daß viele Beamten Anweisung erhalten werden, bei ihren Entscheidungen auch auf die Lebensnotwendigkeiten der Werke Rücksicht zu nehmen. Eine kleine Konzession an die Arbeitgeber ist ja auch die Bestimmung, derzufolge Sonntagsarbeit zulässig sein soll. Da der Tarif hierfür eine 50prozentigen Lohnzuschlag vorsehen dürfte, auch die Arbeitgeber hiermit einverstanden sein.

Es ist also wohl anzunehmen, daß über die Arbeitszeitfrage eine Verständigung möglich sein wird, und es wäre dies sicher schon jetzt der Fall, wenn nicht die Gewerkschaften dieses Problem mit ihren Lohnforderungen veräußert hätten. Ist dies gegeben, um ein stärkeres Druckmittel in der Hand zu haben und sich etwas abhandeln lassen zu können, so ist dieser Zweck jetzt erreicht. Dann könnte man eigentlich das eine gegen das andere kompensieren, und die Einigung würde dann auf der Basis zustande kommen, daß die Arbeitnehmer in der Frage des Achtstundentages ihren Willen durchzusetzen haben und nun als Gegenleistung bei dem Lohnproblem nachgeben müssen. Star liegt der Grundpunkt der ganzen Verhandlungen, der Festsetzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne ist für die Arbeitgeber selbstverständlich untragbar, da ihre Werte dann nicht mehr konkurrenzfähig wären. Die Gewerkschaftsvertreter können nicht im Ernst glauben, daß es der Etat der Betriebe zuläßt, die Arbeitszeit um drei Stunden herabzusetzen und zugleich die Löhne für das um ein Drittel vermehrte Arbeiterpersonal um 13-20 Prozent heraufzusetzen. Hier müßten sie also nachgeben. Die Industriellen werden voraussichtlich in den nächsten Tagen offiziell erklären, daß sie die Stilllegungsangelegenheiten und die Vorschläge des Reichsarbeitsministers annehmen wollen, wenn die Gewerkschaften ihrerseits von den Lohnforderungen ganz klar und eindeutig den Gewerkschaften zugehören. Sie ganz allein werden sich darüber klar werden müssen, ob sie die Verantwortung für einen Arbeitskampf von ungeheurem Ausmaß übernehmen wollen. Die Arbeitgeber haben das Menschenmögliche getan, wenn sie in der Arbeitszeitfrage nachgeben. Kommt jetzt keine Einigung zustande, so sind die Gewerkschaften für alle sich daraus ergebenden Folgen verantwortlich zu machen.

Französische Sicherheits-Schalmereien

Paris, 14. Dezember. In der „Information“ nimmt Louis Douis ausführlich zu dem Abrüstungsproblem Stellung, wobei er natürlich vornehm die französische Ziele unterstellt, man weiß, daß die Sicherheit der Nation nicht nur durch die Erfüllung der Forderungen, die Sicherheit müßte die Revision der Verträge zur Folge haben, nicht ungenügend, da die auf die Verträge angehenden Verträge immer noch militärische Sanktionen enthalten. Besonders der Versailles Vertrag läßt allein den Siegern das Recht, fähige Völker zu unterhalten, so klar und deutlich als die menschlichen Quellen ihrer Substanz getrieben. Wer gerade diese Ausnahme zeigt, wie notwendig es ist, die Sicherheit auf unerschütterliche Grundlagen zu errichten, bevor man das Verteidigungsmittel gegen Deutschland abschafft. Das Deutschland Streikmanns habe schon große Fortschritte auf dem Wege zur Sicherheit gemacht. Wenn es der Vorkriegs-Sollstand von Krieg und Verfall zurückzuführen erwirkt, werde es am liebsten die anderen Völker Europas für die Sünde der Abrüstung gewinnen. Die Mächte müssen ihrerseits nach machen, bis sie in das europäische Konzert der Sicherheit aufgenommen werden. Dann würde ein Tag kommen, an dem die Völker einander vertrauen und mit der Weltordnung ihrer Mächtigkeiten unter Berücksichtigung des Friedens beginnen könnten.

Stimmen, die unheimlich...
Stimmen, die unheimlich...
Stimmen, die unheimlich...

Halle und Umgebung

Halle, 14. Dezember.

Gegen das Zeitungsinstitut an der Universität Halle

In der „Deutschen Presse“, dem Organ des Reichsverbandes der Deutschen Presse, lesen wir:

An der Universität Halle ist ein Institut für Zeitungswesen in der Schaffung begriffen worden. Nach einer Erklärung des Leiters dieses Instituts, Herr Prof. Dr. Max Hildebrandt, soll die bisher stiefmütterlich behandelte Zeitungswissenschaft in Halle für 4-6 Semester vorberichtet werden. Der vorläufige Studienplan des Instituts für Zeitungswesen in Halle ist für 4-6 Semester vorberichtet. Auf Grund des Leiters dieses Instituts hat der Herausgeber des „Halle“ die Generalsynode und Redaktionsrat aus dem „Halle“ und dem „Halle“ entlassen. Die Redaktionsrat hat die Redaktionsrat aus dem „Halle“ entlassen. Die Redaktionsrat hat die Redaktionsrat aus dem „Halle“ entlassen.

Bei dieser Gelegenheit hat also die Öffentlichkeit von einer Abgrenzung Kenntnis erhalten, die in den Kreisen der Journalisten und Verleger eine Abgrenzung bedeutet. Denn in diesen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Redaktionsrat aus dem „Halle“ entlassen. Die Redaktionsrat hat die Redaktionsrat aus dem „Halle“ entlassen. Die Redaktionsrat hat die Redaktionsrat aus dem „Halle“ entlassen.

Wir schließen uns dieser Standpunkt voll und ganz an und werden dem an unserer Universität gewöhnlichen Verhältnissen gegenüber. Das Gebiet des Zeitungswesens ist ein weit umfängliches und umfangreiches, als das ein Dozent ohne gewisse Vorkenntnisse mit Männern aus dem hohen wissenschaftlichen Bereich leisten kann. Wir in Halle sind der Ansicht, daß die Redaktionsrat aus dem „Halle“ entlassen. Die Redaktionsrat hat die Redaktionsrat aus dem „Halle“ entlassen. Die Redaktionsrat hat die Redaktionsrat aus dem „Halle“ entlassen.

Dachstuhlbrand

Bei einem Brand in der Ritter-Straße-Strasse verbrannt. Am Abend um 5 Uhr nachmittags wurde die Feuerwehrrunde zum Feuerwehrrunde-Mann der Ritter-Straße-Strasse gerufen. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt.

Die Brandursache war mit Bestimmtheit nicht mehr festzustellen, da der Brand bei Eintreffen der Feuerwehr schon weit vorgeschritten war. Ob etwa fahrlässige Brandstiftung vorliegt — gewisse Umstände lassen diese Vermutung nicht ganz ausgeschlossen erscheinen — wird durch die Ermittlungen der Kriminalpolizei zu klären sein.

Der Weihnachtsbaum für alle brennt heute zum erstenmal

Der Weihnachtsbaum für alle ist aufgestellt. Er hat, wie im Vorjahr, vor dem Wegehause seinen Standort. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt.

Neue Straßenbahn-Freifahrräder anfordern!

Mit dem 21. Dezember 1927 verlieren alle bisher kuppelten Freifahrräder der hiesigen Straßenbahn ihre Gültigkeit. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt.

Die Linie 1 fährt bis zur Winteranfang.

Die Linie 1 fährt bis zur Winteranfang. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt.

Der Straßensport im Schaulust.

Der Straßensport im Schaulust. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt.

Weihnachtsfeier des Wehrworts.

Weihnachtsfeier des Wehrworts. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt.

Weihnachtsfeier des Kreisverbandes.

Weihnachtsfeier des Kreisverbandes. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt. Am Morgen wurde der Brandstiftung 44 brandt.

Halle ist epidemiefrei!

Der Stand der epidemisch auftretenden Krankheiten — Ausführungen des Stadtmedicinators

Vor einem kleinen Kreis von Professorevertretern sprach gestern Abend der hiesige Stadtmedicinar Dr. Schnell über die gesundheitlichen Verhältnisse unserer Stadt bezugnehmend auf die Krankheiten, die für weiteste Kreise der Bevölkerung großes Interesse haben werden.

In seinen Ausführungen betonte Dr. Schnell nacheinander die einzelnen epidemisch auftretenden Krankheiten. Zu Beginn sprach er über die Diphtherie; es bliesse kein Grund zu der Annahme, daß in Halle in der nächsten Zeit eine Diphtherie-Epidemie aufzetrete, wie dies in Berlin, Genua etc. mit der Grippe, die im Frühjahr 1927 in Halle auftrat, nicht zu vergleichen ist, trotz der vielfachen Neuerkrankungen an Diphtherie im verflochtenen Monat. In neuerkrankungen seien vor dem vergangenen Monat 120 Fälle bekannt geworden. Immerhin sei mit ziemlicher Sicherheit damit zu rechnen, daß diese Zahl einen Höchstwert darstelle, der nicht mehr überschritten werde, vielmehr sei mit einem Abflauen der Krankheit zu rechnen.

In der Grippe sieht der Stadtmedicinar eine typische Winterkrankheit. Es gehöre eine einmal zur Grippe, wenn man einen kräftigen Menschen mit Grippe erkrankt habe, sich einzuschließen, man habe die Grippe. Gute Freunde und besorgte Mütter und Frauen pflegten den „eingeschlossenen Kranken“ in dieser feiner Meinung dann noch zu befehlen. So komme es zu

den „Grippe-Epidemien“, von denen man in der Öffentlichkeit so häufig rede. Die Statistik zugunsten von Halle im Jahre 1927 — nachweislich unter den Schulkindern — die Malignerkrankungen. Insgesamt seien im Jahr 1927 4000 Kinder erkrankt. 4 Prozent aller hiesigen Schulkindern an der Malignerkrankung. Ganz diese große Zahl von Erkrankungen sei fast regelmäßig durch die große Zahl der epidemischen Komplikationen, die in der Grippe Begleiterscheinungen gerade der Maligner seien. Räume und Wohnstätten hätten einen ganz erheblichen Einfluß erfahren.

Als vollkommen erloschen könne die spinale Kinderlähmung angesehen werden, die im Herbst bei ihrem Massenauftreten nicht nur in Halle, sondern auch in anderen hiesigen Städten in Erscheinung zu treten schreien herbeizurufen habe. In Halle seien im ganzen 30 Fälle aufgetreten. Ein immerhin günstiges Ergebnis sei es, daß von diesen letzten 600 Fällen nur 5 tödlich verlaufen seien. Auf gleicher Höhe wie im Jahre 1926 seien in diesem Jahre die Erkrankungen an Typhus und an Ruhr geblieben.

Das rote Auge am Fahrrad

Eine allgemeine Derordnung bestehend. — Die Fahrer der sollen ein züchtendes Blicklicht haben, um die Zahl der Verkehrsunfälle zu vermindern

Auch das Fahrrad muß sich den neuen, durch die gemaltene Zunahme des Autoverkehrs entstandenen Verhältnissen anpassen. Verschiedene Vorschläge hätten sich bis an die jüngsten Tage ihres Lebens eine rote Blinklichter angebracht, die aufleuchtet, wenn sie in den Straßenverkehr einer Lichtquelle kommt.

Ein Vorschlag der Automobilklub von Deutschland in einer an den preussischen Innenminister gerichteten Eingabe ist die Einführung des roten Lichtes an Fahrrädern für ganz Preußen gefordert.

Dem Automobilklub ist nämlich vorgeschlagen worden, daß diejenigen Fahrer, die bei Dunkelheit die Nachfahren nicht erkannt und auf diese Weise in Gefahr gebracht werden. Die Eingabe wird darauf hin, daß die vorgeschriebene Laterne, die den Lichtschein nach vorn auf die Nachfahren wirft, nicht ausreicht, um die Fernarbeit eines Nachfahrers durch hinter ihm befindliche Personen zu gewährleisten. Aus diesem Grunde fordert der Automobilklub im Interesse der Verminderung von Verkehrsunfällen, daß die Oberprüfenden die Straßverkehrs-

ordnungen durch eine Zusatzbestimmung erweitern, die den Nachfahren allgemein die Anbringung eines Rücklichtes oder einer Rückleuchte vorschreibt.

Dieser Vorschlag des A. D. V. ist außerordentlich warm zu begrüßen und ihre Verwirklichung wird wohl beitragen, daß die Zahl der Unfälle in der Dunkelheit erheblich nachläßt. Die Berliner Verkehrsbehörde hat bereits diesen Gedanken aufgegriffen und in der neuen Straßverkehrsordnung bestimmt, daß jedes auf dem Straßen verkehrende Fahrrad mit einem Rücklichte oder einem Rücklichter versehen sein muß. Dem hiesigen Polizeipräsidenten empfehlen wir, dieses Beispiel scheinbar nachzuahmen und eine entsprechende Bestimmung herauszugeben. Sollte der Polizeipräsident aber wiederum kein Ohr für praktische Vorschläge haben, so können wir uns diesem nicht halten, denn das preussische Innenministerium hat sich bereits für die Eingabe des A. D. V. und vieler Angehörigen beschäftigt und eine allgemeine Regelung für ganz Preußen dahin vorgeschlagen, daß jedes Fahrrad, also auch in den ländlichen Gegenden, mit einem sogenannten Rückleuchte versehen sein muß. Eine dahingehende Verordnung wird demnächst erfolgen.

Die Reichsfinanzstellen eines jungen Bankangestellten

Er unterfahrig Geld und wollte dann zur Fremdenlegung. In einem Bankhause in Göttingen hielten vor der jüngsten Angehörigen. Er gehörte zu den jungen Menschen, die im Leben nicht in der Welt leben können, in denen sie einmal leben müssen. Er wollte nicht in der Welt leben können, in denen sie einmal leben müssen. Er wollte nicht in der Welt leben können, in denen sie einmal leben müssen.

Am 1. September wurde der jüngste Lehrling des Bankhauses verlassen. Er hat sich auf den Weg gemacht. Er hat sich auf den Weg gemacht. Er hat sich auf den Weg gemacht. Er hat sich auf den Weg gemacht.

Das Geld ging allmählich auf die Weige. Was nun tun? Der Lehrling sollte sich für die Weige. Was nun tun? Der Lehrling sollte sich für die Weige. Was nun tun? Der Lehrling sollte sich für die Weige.

Das Gericht sah die Tat, als in jugendlichem Reichtum begangen, milde an. Im dem Angeklagten aber eine spätere Abweisung seiner Schuld nicht zu erschauern, lautete das Urteil nicht auf Geldstrafe, sondern auf 2 Monate Gefängnis unter Bewährung von 3 Jahren Bewährung. Der Lehrling mußte sich für die Weige. Was nun tun? Der Lehrling sollte sich für die Weige.

Minister Schneider spricht im Landvertrabund. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Schneider sprach in einer von Landesverband Halle und der Ortsgruppe Westfalen der Mitteldeutschen Landesverbandes einberufenen öffentlichen Versammlung in Westfalen von dem nächsten Freitag den 16. d. M. abends 8 Uhr vor dem Mitteldeutschen Kreis Westfalen über „Bewegungsfragen des deutschen Mittelstandes“. Die Ortsgruppe Halle des Mitteldeutschen Landesverbandes ruft ihre Mitglieder und die hiesigen Handwerker zur Teilnahme auf.

Thüringisch-Sächs. Geschichtsverein.

Der für heute Abend angesetzte Vortrag des Herrn Universitätsprof. Dr. Georg Mentz-Jena muß aus bestimmten Gründen verschoben werden. Der Vorstand.

Zeitschriftennachrichten

Zeitschriftennachrichten. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Schneider sprach in einer von Landesverband Halle und der Ortsgruppe Westfalen der Mitteldeutschen Landesverbandes einberufenen öffentlichen Versammlung in Westfalen von dem nächsten Freitag den 16. d. M. abends 8 Uhr vor dem Mitteldeutschen Kreis Westfalen über „Bewegungsfragen des deutschen Mittelstandes“.

Einblick in den Frontsoldaten, Ostgruppe Halle.

Am morgigen Donnerstag, 15. Dezember, abends 8 Uhr große Weihnachtsfeier im Spiegelhof des Wintergartens. Mitwirkende: Reichswehrkorpse, Vaterländische Volkshilfe, Frauvereine, Anspäcker, Singsänger, Tänzer. Mitwirkende sind außerdem nicht ihren Angehörigen werden um die Erleichterung gebeten.

Deutsche Volkspartei, Jugendgruppe. Donnerstag, 15. Dezember, abends 8 Uhr im „Deutschen Haus“, Dr. Gieselerstr. 37, Versammlung, Besprechung guter und billiger Weihnachtsbäume über den Zweckdienlichkeit von Volkspartei und Kreisvereinen. Angenehme Bekämpfung der Weihnachtsfeier. Wir bitten um rege Beteiligung.

Reichswehrkorpse, Frontsoldaten. Donnerstag, 15. Dezember, abends 8 Uhr findet in Marsch-Loose ein Vortrag mit Bildnissen statt. Das Thema lautet: „Geh Hilfe bei Langweiligkeit“.

Deutschlandischer Schulungsausschuss-Verband (D. S. V.) Der für den 15. bzw. 16. Dezember geplante Kaufmannabend fällt infolge des bevorstehenden Festes aus. Der Vortrag des Herrn Dr. Dietel findet vorüberwiegend in der Jahresversammlung am 18. Januar nächsten Jahres statt.

Schulungsausschuss-Verband. Donnerstag, 17. Dezember, Abends 8 Uhr findet in der „Deutschen Halle“ ein Vortrag statt. Der Vortrag lautet: „Die Weihnachtsfeier“. Der Vortrag lautet: „Die Weihnachtsfeier“. Der Vortrag lautet: „Die Weihnachtsfeier“.

Reichswehrkorpse, Frontsoldaten. Donnerstag, 17. Dezember, Abends 8 Uhr findet in der „Deutschen Halle“ ein Vortrag statt. Der Vortrag lautet: „Die Weihnachtsfeier“. Der Vortrag lautet: „Die Weihnachtsfeier“.

Reichswehrkorpse, Frontsoldaten. Donnerstag, 17. Dezember, Abends 8 Uhr findet in der „Deutschen Halle“ ein Vortrag statt. Der Vortrag lautet: „Die Weihnachtsfeier“. Der Vortrag lautet: „Die Weihnachtsfeier“.

Reichswehrkorpse, Frontsoldaten. Donnerstag, 17. Dezember, Abends 8 Uhr findet in der „Deutschen Halle“ ein Vortrag statt. Der Vortrag lautet: „Die Weihnachtsfeier“. Der Vortrag lautet: „Die Weihnachtsfeier“.

Wetterbericht

Wetterbericht für Donnerstag: Mitt. Frostwetter, idwache Nordwind; keine wesentlichen Schwerefälle.

Stand und Verlauf von Otto Eberle. Reichswehrkorpse, Frontsoldaten. Donnerstag, 17. Dezember, Abends 8 Uhr findet in der „Deutschen Halle“ ein Vortrag statt. Der Vortrag lautet: „Die Weihnachtsfeier“.

Reichswehrkorpse, Frontsoldaten. Donnerstag, 17. Dezember, Abends 8 Uhr findet in der „Deutschen Halle“ ein Vortrag statt. Der Vortrag lautet: „Die Weihnachtsfeier“.

Reichswehrkorpse, Frontsoldaten. Donnerstag, 17. Dezember, Abends 8 Uhr findet in der „Deutschen Halle“ ein Vortrag statt. Der Vortrag lautet: „Die Weihnachtsfeier“.

Handelskammerwahl

Als Vertreter der Gruppe Großhandel und Baumgewerbe wurde gestern der Geschäftsinhaber des Halleischen Warenvereins, Herr Dr. H. Hofmann, in die Industrie- und Handelskammer Halle gewählt.

Magdeburger Börse

Table with 2 columns: Item and Price. Includes items like 3% Reichsbank, 4% Reichsbank, 5% Reichsbank, etc.

Leipziger Börse

Table with 2 columns: Item and Price. Includes items like Leipzig Zimm., Leipzig Lico, Leipzig Lpz. Wollf., etc.

Berliner Devisen-Kurse

Table with 2 columns: Location and Exchange Rate. Includes locations like London, New York, Hongkong, etc.

Berliner Börse

Berlin, 14. Dezember. Die hier für erhöhten Aktienkursen bei der Beendigung der Beendigung der Börse teilweise e... (text continues)

sch in der ersten Stunde verhältnismäßig leicht gestiegen. Gestern bestand noch eine gewisse Zurückhaltung, weil der Abruch der deutsch-englischen Gewerbeverbindungen, die Verflechtung der Weltmärkte und die Befürchtung des Vermögensrückgangs... (text continues)

Getreide und Produkte

Berlin, 14. Dezember. Die wiederum schwächeren Auslandsveränderungen, vor allem aber das nach wie vor völlig unbefriedigende Weltgetreide, berichten ein merkliches Anheben der Preise... (text continues)

Zucker

Wagburg, 14. Dezember. (Weißzucker) Preis für Weißzucker einfaß. Tod und Verbrauchssteuer für 50 Rüb brutto für netto ab Rohfabrikations-Waage... (text continues)

Berliner Borse vom 14. Dezember 1927.

Large table with multiple columns showing stock prices for various companies like Dresdner Bank, Berliner Bors., etc.

Table titled 'Metalle' showing prices for various metals like Gold, Silver, etc.

Devisen

Table showing exchange rates for various currencies like Dollar, Pound, etc.

Amerikanische Börsenberichte

Table with multiple columns showing stock prices for various American companies like General Electric, etc.

Eigene Funkmeldung.

Table with multiple columns showing stock prices for various companies like Altonaer Maschinenfabrik, etc.

Ohne Gewähr für Hörfähigkeit.

Table with multiple columns showing stock prices for various companies like Poppe-Werke, etc.